



Bundestagswahl 2025: Parteistimmen zur Katastrophenvorsorge

Liebe Leserinnen und Leser,

In einer Zeit, in der Naturgefahren und Katastrophen immer häufiger die Schlagzeilen bestimmen, wird die Frage nach der Resilienz unserer Gesellschaft immer bedeutsamer. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl am 23. Februar rückt nun auch die Frage in den Vordergrund, wie Deutschland auf die wachsenden Krisen reagieren kann. Wie können wir besser mit Risiken umgehen? Wie lässt sich unsere Resilienz nachhaltig stärken? Und wie geht die Politik mit diesen zunehmenden globalen und regionalen Herausforderungen um? In dieser ersten Ausgabe unseres neuen Magazin-Formats nehmen wir diese Fragen zum Anlass, einen Blick auf die aktuelle politische Diskussion zu werfen. Wir haben die innenpolitischen Sprecher:innen von fünf Parteien gebeten uns ihre Position zu den Themen Katastrophenvorsorge, Risikomanagement und Resilienz darzulegen.

Daneben haben wir als Institution, mit Sitz in Bonn, mit den entsprechenden Direktkandidat:innen über die Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz sowie das damit verbundenen geplanten Resilienzzentrum gesprochen.

Neben der politischen Perspektive möchten wir Ihnen in dieser Ausgabe auch ein spannendes Expertenin-

terview mit unserem Mitglied Johann Goldammer bieten. Es beleuchtet die verheerenden Brände in Los Angeles, die Anfang des Jahres ausbrachen und voraussichtlich die kostspieligste Katastrophe der USA sein werden.

Außerdem möchten wir Ihnen unser neues institutionelles Mitglied vorstellen: die Akademie Hochwasserschutz. Mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der Fachberatung, Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit spielt die Akademie eine wichtige Rolle in der Katastrophenvorsorge — insbesondere im Hochwasserschutz. Im Interview mit Harald Blum, dem Leiter der Akademie, erfahren Sie mehr über die Ziele und Projekte der Akademie.

Abschließend finden Sie Neuigkeiten rund um das DKKV. An dieser Stelle möchten wir uns herzlich bei allen Interviewpartner:innen bedanken, die an diesem Magazin mitgewirkt haben.

Inhalt

Bundestagswahl 2025.....	2
Expertenstimme.....	17
Zu Gast bei	20
DKKV Intern	22

Innenpolitische Sprecher:innen im Interview

Krisen und Katastrophen gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Angesichts zunehmender globaler und regionaler Risiken wird es immer entscheidender, wie Politik, Gesellschaft und Institutionen auf Krisensituationen reagieren und welche Vorsorgemaßnahmen getroffen werden.

In dieser Interviewreihe haben wir die innenpolitischen Sprecher:innen der Parteien: Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die Linke sowie der SPD zu ihren Ansichten und politischen Prioritäten im Bereich Katastrophenvorsorge, Krisenmanagement und Resilienz befragt. Welche Maßnahmen halten sie für notwendig, um Deutschland besser auf künftige Krisen vorzubereiten? Welche konkreten Vorschläge bringen sie in den politischen Diskurs ein, um Katastrophenvorsorge und Bevölkerungsschutz zu verbessern? Und welche Schritte würden sie aus ihrer Sicht sofort umsetzen, um die Resilienz der Gesellschaft nachhaltig zu fördern? Die Interviews sind alphabetisch nach den Nachnamen der Sprecher:innen geordnet.

Sandra Bubendorfer-Licht (FDP) im Gespräch



Sandra Bubendorfer-Licht ist die innenpolitische Sprecherin der Fraktion FDP im Deutschen Bundestag.

Abb. 1: Sandra Bubendorfer-Licht | © privat

Wie wichtig sind für Sie bzw. Ihre Fraktion die Themen Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz?

Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz sind angesichts der geopolitischen Lage im Jahre 2025 unerlässlich und von allerhöchster Wichtigkeit. Leider haben zu viele bundespolitischen Akteure solche Themen über zu viele Jahre ausgeblendet und als Einsparposten im Haushalt betrachtet. Die im Zuge der Friedensdividende im Jahr 2007 getroffene Entscheidung des Bundes im Einvernehmen mit den Ländern, das Schutzbaukonzept aufzugeben, also die funktionale Erhaltung der öffentlichen Schutzräume einzustellen, war ein schwerwiegender Fehler. Dieser kommt uns heute teuer zu stehen. Als liberale Partei war es uns stets ein Anliegen, Menschen für Eigenverantwortung und Handlungsfähigkeit auch in schwierigen geopoliti-

schen Zeiten zu sensibilisieren. Leider haben dies schwarz-rote Bundesregierungen anders gesehen.

Was wollen Sie bzw. Ihre Fraktion tun, um die Gesellschaft in Deutschland dauerhaft resilient(er) zu gestalten?

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, der sich leider bereits seit 2014 abgezeichnet hat, hat ein neues Zeitalter für die Menschen in Deutschland und Europa begonnen. Die Friedensdividende ist aufgebraucht. Wir erleben bereits täglich hybride Angriffe, und eine zukünftige Aggression Russlands gegenüber der NATO ist leider nicht auszuschließen. Das sind die Realitäten im Jahre 2025, die wir aber den Menschen zutrauen und vermitteln müssen. Wir sollten die Menschen hierbei nicht in Watte packen. Sie möchten eine ehrliche Kommunikation der Lage. Das ist der erste Schritt. Danach müssen umfassende regionale Schulungen und niedrigschwellige Informationsangebote implementiert werden. Diese müssen unbedingt von den Innenministerien der Länder in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Landratsämtern ausgearbeitet werden. Das BBK kann hierbei ebenso durch die BABZ unterstützt tätig werden. Die Menschen vor Ort müssen dabei mitgenommen werden. Sie müssen gerüstet werden mit dem Wissen und den Fähigkeiten, dass man sich im Ernstfall zunächst selbst helfen kann. Denn das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit ist in solchen Lagen enorm wichtig und nimmt Ängste.

Was sind konkrete Forderungen zu den Teilthemen Katastrophen-, Risiko- und Krisenmanagement, Bevölkerungsschutz und Vorsorge, die Sie bzw. Ihre Fraktion für den Fall der Regierungsbeitragung in einen Koalitionsvertrag einbringen würden?

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) muss, wie im letzten Koalitionsvertrag vereinbart, zur Zentralstelle im Bevölkerungsschutz ausgebaut werden. Das war mit der Sozialdemokratie in der Ampel leider nicht umzusetzen. Man hat sich dieser Vereinbarung schlicht verweigert. Somit könnte bei länderübergreifenden Großschadenslagen, wie im Ahrtal 2021, das BBK die Lage an sich ziehen, ähnlich wie es das Bundeskriminalamt bei Terroranschlägen macht. Die Menschen in den Kommunen und Landkreisen dürfen in solchen Lagen nicht allein gelassen werden. Daher muss ein Akteur den Hut aufhaben, und es müssen sämtliche Drähte vom Krisenort dort zusammenlaufen, um Lagen bestmöglich und so schnell wie möglich zu bewältigen. Ebenso muss die Vernetzung der Bundesländer über das GeKoB hinaus ausgebaut werden. Auch die horizontale und vertikale Vernetzung mit anderen Akteuren wie der Bundeswehr, der Feuerwehr, THW und den Hilfsorganisationen muss noch stärker in den Fokus. Eine Arbeitsgruppe in der IMK wird dem möglichen Gefahrenpotential nicht gerecht. Auch unsere alte Einteilung in Katastrophen- und Zivilschutz muss überdacht werden und die Helfergleichstellung endlich vollzogen werden.

Ganz persönliche Frage: Wenn Sie es sich von der "guten Fee" wünschen könnten: was wären die drei wichtigsten Maßnahmen, die Sie sofort umsetzen würden, um Deutschland resilient(er) und das Krisen- und Katastrophenmanagement effektiv(er) zu gestalten?

Ich würde das BBK deutlich ausbauen, und zwar zur Zentralstelle, und ihm damit den Hut im Bevölkerungsschutz aufsetzen. Dann würde ich gerne zunächst die Zeit zurückdrehen und den Rückbau des Zivilschutzes verhindern. Zuletzt würde ich mir jedoch grundlegend wünschen, dass sowohl Staat als auch Gesellschaft sich dem Thema Bevölkerungs-

schutz, Krisenmanagement und Resilienz noch viel stärker zuwenden — zum Beispiel über ein KRITIS-Dachgesetz, das den Namen verdient. Alle diese Thematiken wabern leider immer noch viel zu sehr unter der Oberfläche und werden von den Menschen ferngehalten. Auch die Bundesregierung flüchtet sich dabei zu sehr in Dinge wie zum Beispiel die Nationale Resilienzstrategie, innerhalb derer angeblich substanzieller ressortübergreifender Austausch stattfindet. Das ist alles zu niedrigschwellig. Der Bevölkerungsschutz muss zur Chefsache werden.

André Hahn (Die Linke) im Gespräch



Abb. 2: André Hahn | © DBT/ Stella von Saldern

André Hahn ist der stellvertretende Vorsitzende und Sprecher für Zivilschutz und Katastrophenhilfe der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

Wie wichtig sind für Sie bzw. Ihre Fraktion die Themen Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz?

Wir widmen uns diesen Themenzweigen aus einer linken, sozial orientierten Sicht. Den neoliberalen Forderungen, die Bevölkerung müsse resilienter werden, steht die wirtschaftliche und soziale Realität gegenüber. Wer in gleich mehreren schlecht bezahlten Jobs arbeitet, hat keinen Raum mehr, sich im Bevölkerungsschutz freiwillig zu engagieren, die über den alltäglichen Bedarf hinausgehen. Zeitgleich beklagt die Bundesregierung fehlendes Wissen in Sachen Katastrophenschutz und fordert immer mehr Leistung von Freiwilligen ein, die sie dann zwar verdienftermaßen in höchsten Tönen lobt, aber ansonsten schlecht ausrüstet und zunehmend aus- und überlastet.

Die Realität: Immer mehr Menschen sind auf Unterstützung angewiesen. Viele benötigen Bürgergeld, mit dem sie ihre zu niedrigen Einnahmen aufstocken oder sie erhalten Wohngeld, weil die Mieten zu hoch sind. Diesen Menschen mehr "Resilienz" abzuverlangen, in dem sie in oft zu kleinen Wohnungen Vorräte anlegen sollen, um sich gegebenen Falles selbst zu versorgen, ist zynisch. Eine konkrete Nachfrage im Bundesministerium des Innern hat ergeben, dass beispielsweise Notvorräte aus den Sätzen des Bürgergeldes angelegt werden sollen. Von Geld, das nicht bis zum Monatsende reicht, soll nun für schlechte Zeiten vorsorgen? Da sagen wir als Linke sehr deutlich: NEIN!

Zumutbare Forderungen in Sachen Resilienz sind meist dort, wo sie Unternehmen und Organisationen sowie den Staat selbst betreffen. Geht es um den Einsatz von Software in Betrieben oder die Absiche-

rung von Produktionsanlagen, dann ist es wichtig und sollte in den Geschäftsinteressen der Firmen liegen, sich resilient aufzustellen. Gleichzeitig brauchen wir aber auch ein Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, das den Auftrag ernst nimmt, für Bürgerinnen und Bürger da zu sein, verlässliche Empfehlungen ausspricht und nötigenfalls auch feststellt, wo sich die Wirtschaft oder der Staat aktuell abhängig von fragwürdigen Unternehmenslösungen aus dem Ausland macht, bei denen es berechnete Zweifel beispielsweise am Umgang mit sensiblen Daten aus Sicherheitsbehörden geht. Nötigenfalls müssen wir solche Lösungen selbst entwickeln.

Was wollen Sie bzw. Ihre Fraktion tun, um die Gesellschaft in Deutschland dauerhaft resilient(er) zu gestalten?

Steigende Preise und ein weiterhin sehr optimierungsbedürftiger Mindestlohn sind aktuell die Realität. Daher kommen für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger ausschließlich staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz in Frage. Wir müssen die Frage stellen, wie ganze Stadtviertel in Notlagen versorgt werden können, wenn großflächig die Wasserversorgung oder die Elektrizität ausfallen und der Zustand über mehrere Tage oder Wochen anhält. Insbesondere in Ballungsräumen, ist Vorsorge für die Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Hier braucht es lokale Konzepte, wie die Katastrophenschutzleuchttürme, an denen Informationen, Akkuladepunkte, Wasser und ggfs. Nahrung bereitgehalten werden. Grundlegende Kenntnisse in der Ersten-Hilfe sollten bereits im Rahmen des Schulabschlusses der mittleren Reife vermittelt werden. Ebenso das Wissen um Strukturen und Verantwortlichkeiten im Katastrophenfall und anderen Notfallsituationen. Dazu braucht es eine Unterstützung der Länder- und Kommunen, um Lehrangebote an Schulen zu konzipieren, finanzieren und umzusetzen.

Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass eine Kranken- und Gesundheitsversorgung, die schon im Normalbetrieb nicht ausreichend ist, erst recht im Krisenfall an Grenzen stößt. Hier gilt es, den Irrweg der Privatisierung im Bereich der Versorgung zu be-

den. Ein Kreiskrankenhaus muss dazu in der Lage sein, auch im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Personell wie auch materiell. Wenn sich das — verständlicherweise — nicht nach wirtschaftlichen Kriterien gewährleisten lässt, muss der Staat im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eintreten.

Was sind konkrete Forderungen zu den Teilthemen Katastrophen-, Risiko- und Krisenmanagement, Bevölkerungsschutz und Vorsorge, die Sie bzw. Ihre Fraktion für den Fall der Regierungseteiligung in einen Koalitionsvertrag einbringen würden?

Wenn die Bundesregierung Resilienz im Krisen- und Katastrophenfall einfordert, dann muss das unabhängig vom Einkommen für die gesamte Bevölkerung leistbar sein. Wer kein Budget für Vorsorge aufbringen kann, muss durch staatliche Vorsorgemaßnahmen geschützt werden. Gleichzeitig tritt der Staat aber bei eigenen Projekten, wie der Bereitstellung von Notunterkünften im Rahmen des Projektes "Mobiles Betreuungsmodul Labor 5000" auf der Stelle. Zeitgleich müssen die personellen und materiellen Kapazitäten bei Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen an die Lebensrealität angepasst werden. Das betrifft insbesondere die ländlichen Regionen. Wir fordern darüber hinaus einen hauptamtlichen "Dienst auf Zeit im Bevölkerungsschutz" mit Verpflichtungszeiten von zwei bis maximal zwölf Jahren und einen Freiwilligendienst auf Bundesebene. Diese Vollzeitmodelle sollten grundsätzlich nicht schlechter bezahlt werden als vergleichbare Dienstmodelle bei der Bundeswehr. Nicht zuletzt brauchen wir auch eine bezahlbare Pflichtversicherung gegen Elementarschäden. Es kann nicht angehen, dass relevante lokale Risiken entweder ausgeschlossen sind oder unbezahlbar. Das läuft der Idee einer Versicherung zuwider und ist letztlich nur ein Einnahmen- und Provisionsbringer für die Versicherungsbranche.

Ganz persönliche Frage: Wenn Sie es sich von der "guten Fee" wünschen könnten: was wären die drei wichtigsten Maßnahmen, die Sie sofort umsetzen würden, um Deutschland resilient(er) und das Krisen- und Katastrophenmanagement effektiv(er) zu gestalten?

Die "gute Fee" müsste zunächst alle Helferinnen und Helfer gleichstellen, was die Versorgung angeht. Die Gesetze zur Helfergleichstellung sind seit Jahren in Arbeit. Dann wäre in allen Ebenen des Katastrophenschutzes zeitgemäßes Material verfügbar, an dem es bis heute mangelt. Angefangen bei den Gerätehäusern mit ausreichend Dusch- und Dekontaminationsmöglichkeiten für Helferinnen und Helfer über zeitgemäße Fahrzeuge ohne Rostlöcher, die auch in diese Hallen hineinpassen bis hin zur ganz persönlichen Ausstattung im Bereich Uniformen und Arbeitskleidung. Wünschenswert ist darüber hinaus, dass der Schutz vulnerabler Gruppen, wie Menschen mit Behinderung und auch Menschen ohne umfassende deutsche Sprachkenntnisse stärker berücksichtigt wird. Barrierefreiheit ist hier das Stichwort. Ganz zuletzt würde das Kompetenzgerangel beendet, was zwischen Bund, Ländern und Kommunen immer wieder dazu genutzt wird, die Verantwortlichkeit zu delegieren, statt selbst zu handeln. Dieser Kreislauf, an dessen Ende nur sicher ist, dass der Missstand über weitere Jahre fortbesteht, muss dringend durchbrochen werden. Das alles wird also die Fee richten müssen, weil es die Regierungspolitik bislang nicht geschafft hat und die Prioritäten eher im Bereich Rüstung setzt, nicht aber auf den Schutz der Zivilbevölkerung im Alltag. Haben Sie eine Adresse von dieser Fee? Ich hätte da Gesprächsbedarf!

Sebastian Hartmann (SPD) im Gespräch



Abb. 3: Sebastian Hartmann | © privat

Sebastian Hartmann ist der innenpolitische Sprecher der Fraktion SPD im Deutschen Bundestag.

Wie wichtig sind für Sie bzw. Ihre Fraktion die Themen Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz?

Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz sind zentrale Pfeiler für die Sicherheit, Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Landes und daher von höchster Priorität für die SPD-Fraktion. Angesichts wachsender Herausforderungen wie hybrider Bedrohungen, digitaler Angriffe, Desinformationskampagnen und Klimafolgen ist ein effektives Management von Risiken und Krisen unverzichtbar.

Für uns ist es zentral die Themen von Katastrophenschutz, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz ganzheitlich zu behandeln. Das heißt für uns, kritische Infrastruktur schützen und widerstandsfähiger gestalten, moderne Technologien zu implementieren sowie gesellschaftliche Akteure zu stärken.

Was wollen Sie bzw. Ihre Fraktion tun, um die Gesellschaft in Deutschland dauerhaft resilient(er) zu gestalten?

Unser Regierungsprogramm betont, dass Resilienz nicht nur die Fähigkeit bedeutet, auf Krisen zu reagieren, sondern vor allem die Kompetenz, sie von vornherein abzuwehren, beziehungsweise abzufedern, und die Anpassungsfähigkeit in einer sich wandelnden Welt zu erhöhen.

Unsere Wirtschaft und Gesellschaft benötigen eine funktionierende und resiliente Infrastruktur, sowohl physisch als auch digital. Ein zentrales Vorhaben ist die Einführung des KRITIS-Dachgesetzes, das bun-

deseinheitliche und sektorenübergreifende Vorgaben für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen schaffen soll, um die Versorgungssicherheit mit lebenswichtigen Dienstleistungen zu gewährleisten. Leider wird die Verabschiedung dieses Gesetzes aktuell durch die Union blockiert. Ebenso streben wir die Umsetzung der EU-NIS-2-Richtlinie an, um Cybersicherheitsvorgaben und Meldepflichten auf mehr Unternehmen auszuweiten und die IT-Sicherheit der Bundesverwaltung zu stärken. Auch dieses Vorhaben konnte bisher aufgrund politischer Blockaden nicht abgeschlossen werden.

Wir wollen unser Land noch besser wappnen gegen (hybride) Angriffe auf unsere kritische Infrastruktur und vor Desinformationskampagnen. Dafür setzen wir uns weiterhin dafür ein, Kommunen, Länder, den Bund, kommunale Versorger und die Betreiber kritischer Infrastruktur besser miteinander zu verzahnen und die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze zu aktualisieren und anzupassen. Die Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes bleibt dabei ein zentraler Schritt, um die Resilienz von Unternehmen zu stärken und die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Eine wichtige Rolle im Bevölkerungsschutz und in der Katastrophenhilfe spielt, vor allem auf kommunaler Ebene, das Ehrenamt. Die vielen ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte in den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk (THW) und weiteren Hilfsorganisationen sind unerlässlich für Schutz und Hilfe im Ernstfall. Um die genannten Strukturen weiter zu stärken, sollen deren personelle und materielle Ressourcen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das THW hat in Deutschland eine Schlüsselrolle im Bereich des Katastrophenschutzes, weshalb wir es für den Einsatz bei vielfältigen Herausforderungen weiterhin optimal ausrüsten wollen. Bereits in der Vergangenheit wurden die finanziellen Mittel für das THW erhöht, um moderne Ausrüstung und eine verbesserte Infrastruktur bereitzustellen, was die Einsatzfähigkeit erheblich gesteigert hat. Wir möchten diesen Weg fortsetzen und das Ehrenamt im THW weiter fördern, da es eine tragende Säule des Katastrophenschutzes bildet. Darüber hinaus legen wir

Wert auf den Ausbau flächendeckender Sirenen und der Verbesserung bestehender Warn-Apps.

Effizientes Risiko- und Krisenmanagement ist unerlässlich, um in akuten Situationen handlungsfähig zu bleiben. Klare Zuständigkeiten und eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind hierfür unverzichtbar. Zentral organisierte Krisenstäbe, regelmäßige Katastrophenübungen und die gezielte Einbindung von Ehrenamtsstrukturen sind essenziell, um die Reaktionsfähigkeit der Behörden und Rettungsdienste zu erhöhen.

Darüber hinaus darf die internationale Vernetzung nicht vernachlässigt werden, denn Herausforderungen wie Terrorismus, Pandemien oder Folgen des Klimawandels machen nicht an nationalen Grenzen halt. Deutschland arbeitet an der Umsetzung der EU-Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, um internationale Kooperation im Bereich Cybersicherheit und Resilienz zu stärken. Gemeinsame Standards und der internationale Austausch von Wissen und Ressourcen sind entscheidend, um globale Herausforderungen effektiv zu bewältigen.

Was sind konkrete Forderungen zu den Teilthemen Katastrophen-, Risiko- und Krisenmanagement, Bevölkerungsschutz und Vorsorge, die Sie bzw. Ihre Fraktion für den Fall der Regierungseteiligung in einen Koalitionsvertrag einbringen würden?

Katastrophen-, Risiko- und Krisenmanagement, Bevölkerungsschutz und Vorsorge sind zentrale Anliegen unserer Fraktion, da sie die Grundlage für die Sicherheit und Stabilität unserer Gesellschaft bilden. In unserem aktuellen Bevölkerungsschutzkonzept der SPD-Fraktion im Bundestag, setzen wir uns zum Ziel eine modernisierte Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die Bedrohungen frühzeitig erkennt und effektiv darauf reagiert. Dazu sollen die Sicherheitsbehörden mit modernen Befugnissen, besserer technischer Ausstattung und mehr Personal gestärkt werden. Zudem soll eine engere Vernetzung zwischen Polizei, Justiz und Nachrichtendiensten den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Extre-

mismus verbessern.

In einem Koalitionsvertrag werden wir uns für mehrere zentrale Forderungen einsetzen: die Verabschiedung des KRITIS-Dachgesetzes sowie der Umsetzung der NIS-2-Richtlinie, um der EU-Gesetzgebung gerecht zu werden sowie die Stärkung des Ehrenamtes, insbesondere des Technischen Hilfswerks (THW). Darüber hinaus möchten wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur zentralen Cybersicherheitsbehörde ausbauen. Diese Punkte sind unabdingbar, um Deutschland auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten und die Resilienz unserer Gesellschaft zu sichern.

KRITIS-Dachgesetz – CER-Richtlinie umsetzen

Das KRITIS-Dachgesetz ist ein essenzieller Baustein für den Schutz unserer kritischen Infrastrukturen. Das Gesetz setzt die EU-CER-Richtlinie um. Es schafft bundeseinheitliche und sektorenübergreifende Vorgaben, die sicherstellen, dass unsere Energieversorgung, Wassernetze, Gesundheitsinfrastruktur und Kommunikationssysteme auch in Krisenzeiten funktionsfähig bleiben. Ohne ein solches Gesetz bleibt die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft gefährdet, insbesondere angesichts hybrider Bedrohungen und gezielter Angriffe auf kritische Infrastruktur. Die Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes ist daher nicht nur eine Frage der Resilienz, sondern eine nationale Sicherheitsnotwendigkeit und als EU-Mitglied gleichzeitig verpflichtend.

NIS-2-Richtlinie

Die EU-NIS-2-Richtlinie erweitert die Cybersicherheitsvorgaben und Meldepflichten auf eine breitere Unternehmensbasis und stärkt die IT-Sicherheit der Bundesverwaltung. Angesichts der zunehmenden Bedrohungen durch Cyberangriffe – von Ransomware bis zu komplexen Angriffen auf die Lieferketten (Supply-Chain-Angriffe) – ist die Umsetzung dieser Richtlinie ein entscheidender Schritt, um digitale und physische Gefahren abzuwehren. Sie ermöglicht es, Sicherheitslücken frühzeitig zu erkennen und Angriffe effektiver abzuwehren, was für die Stabilität moderner Gesellschaften unabdingbar ist. Die Verabschiedung der NIS-2-Richtlinie ist daher zentral, um Deutschland besser gegen die Herausforde-

rungen einer digitalisierten Welt zu wappnen.

Stärkung des Ehrenamtes

Das Ehrenamt, insbesondere das Engagement in Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk (THW), ist eine tragende Säule des Bevölkerungsschutzes, speziell im ländlichen Raum. Das THW ist in Deutschland unverzichtbar, um schnelle und effiziente Hilfe bei Katastrophen und Krisen zu leisten. Bereits in der Vergangenheit wurden erhebliche Mittel bereitgestellt, um das THW mit moderner Ausrüstung und verbesserter Infrastruktur auszustatten. Diesen Weg möchten wir konsequent weitergehen. Nur durch eine konsequente Unterstützung von Institutionen wie dem THW und Freiwilligen Feuerweh-
rern können wir sicherstellen, dass unsere Gesellschaft auch in Krisensituationen handlungsfähig bleibt.

Ganz persönliche Frage: Wenn Sie es sich von der „guten Fee“ wünschen könnten: Was wären die drei wichtigsten Maßnahmen, die Sie sofort

umsetzen würden, um Deutschland resilient(er) und das Krisen- und Katastrophenmanagement effektiv(er) zu gestalten?

1. Gesamtverteidigungsrichtlinien (RRGV) – Körper eines modernen Bevölkerungsschutzes
2. EU-Richtlinien NIS-2 und CER sofort umsetzen
3. Ehrenamt fortlaufend stärken – Das Rückgrat unseres Bevölkerungsschutz sichern

Diese drei Forderungen – Gesamtverteidigungsrichtlinien (RRGV), das sofortige Implementieren von EU-Richtlinien sowie eine fortlaufende Stärkung des Ehrenamtes – sind nicht nur komplementär, sondern absolut unverzichtbar, um Deutschland zukunftssicher und resilient zu gestalten. Sie schaffen die Voraussetzungen für eine stabile Infrastruktur, effektiven Schutz vor digitalen und physischen Bedrohungen sowie die notwendige Unterstützung für die Menschen, die in Krisenzeiten an vorderster Front stehen.

Besser als wünschen ist aber: Machen.

Lamya Kaddor (Bündnis 90/Die Grünen) im Gespräch



Lamya Kaddor ist die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag.

Abb. 4: Lamya Kaddor | © privat

Wie wichtig sind für Sie bzw. Ihre Fraktion die Themen Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz?

Eine umfassende Krisenvorsorge ist angesichts multipler Krisen- und Bedrohungslagen eine drängende staatliche Aufgabe. Zum einen spüren wir immer deutlicher die eskalierende Klimakrise. Allein im letzten Jahr hatten wir vier schwere Hochwasser in Deutschland. Die Bilder von Sturzfluten, brechen-
den Dämmen und Menschen, die ihre Häuser verlas-

sen müssen, sind uns allen noch sehr präsent. Uns muss klar sein: Solche klimabedingten Extremwetterereignisse werden intensiver und häufiger stattfinden und sie machen vor Deutschland nicht halt. Vor diesem Hintergrund dem Leitspruch „Morgen geht die Welt nicht unter“ zu folgen, ist für uns kein gangbarer Weg. Wir setzen uns deshalb für ambitionierten Klimaschutz, smarte Klimafolgenanpassung in den Kommunen und effiziente Katastrophenvorsorge ein.

Vor großen Herausforderungen stehen wir auch in sicherheitspolitischer Sicht. Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, der russische Angriffskrieg in der Ukraine und das immer aggressivere Agieren autoritärer Staaten gegenüber Deutschland und seinen europäischen Partnern erhöhen den Handlungsdruck. Die Erhöhung der Wehrhaftigkeit und Resilienz unserer Gesellschaft hat für uns klare Priorität. Das bedeutet auch die Zeitenwende nicht

nur mit Blick auf die militärische, sondern auch auf die zivile Verteidigung zu richten. Wie können wir kritische Infrastrukturen besser schützen? Wie verbessern wir die Zusammenarbeit und Koordination der Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene? Wie stärken wir Einsatzorganisationen der zivilen Verteidigung wie Feuerwehren, THW oder Hilfsorganisationen effektiv? Diesen Fragen müssen wir uns in der nächsten Wahlperiode stellen.

Was wollen Sie bzw. Ihre Fraktion tun, um die Gesellschaft in Deutschland dauerhaft resilient(er) zu gestalten?

Wir haben in der Regierungsbeteiligung in den letzten drei Jahren einiges schaffen können: Die Anpassung an die globale Klimakrise mit ihren weitreichenden Folgen für Umwelt, Natur, Wirtschaft und Gesundheit braucht eine vorsorgende Politik von Anpassungsmaßnahmen. Wesentliche Instrumente für die Anpassung an die Folgen der Klimakrise sind die Erarbeitung eines Klimaanpassungsgesetzes, die Weiterentwicklung der Deutschen Anpassungsstrategie hin zu einer vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen sowie die Verankerung einer gemeinsamen Finanzierung von Bund und Ländern.

<https://www.bmuv.de/themen/wasser-und-binnengewasser/ueberblick-wasser-und-binnengewasser/hochwasserschutz>

Um Menschen und Natur angesichts der eskalierenden Klimakrise zu schützen, braucht es einen starken Dreiklang aus Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Katastrophenschutz. Als größtes globales Sicherheitsrisiko müssen wir die Ursachen der Klimakrise weiterhin engagiert bekämpfen. Wir werden in Zukunft nicht alle klimabedingten Extremwetterereignisse verhindern können, doch wir können uns auf sie vorbereiten. Wir wollen deshalb insbesondere die Kommunen in den kommenden Jahren stärken, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung zu treffen. Der Bau von Poldern und Deichen oder die Schaffung natürlicher Rückhalteflächen sind effektive Hochwasserschutzmaßnahmen. Gebäudebegrü-

nung, öffentliche Trinkbrunnen und Wasserflächen können Städte vor Hitzewellen besser schützen. Wir wollen außerdem die Katastrophenschutzorganisationen mit ausreichend Mitteln und Ressourcen ausstatten. Ein funktionsfähiger Katastrophenschutz braucht neben engagierten Einsatzkräften auch funktionsfähige Fahrzeuge, moderne Liegenschaften und zeitgemäße Einsatzrüstung. Dafür braucht es langfristige Finanzierungssicherheit statt kurzfristiger Investitionsprogramme. Auch wenn von staatlicher Seite aus viele Vorsorgemaßnahmen getroffen werden können, klar ist auch: Im Ernstfall ist staatliche Notfallhilfe nicht immer sofort verfügbar. Ein gutes Vorsorgeniveau erreichen wir auch, indem wir Bürger*innen Informationen an die Hand geben, wie sie sich in einer Notlage selbst helfen können. Zu wissen, wie ich mich selbst und meine Mitmenschen im Ernstfall schützen kann, stärkt den Glauben an die Selbstwirksamkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein, mehr Menschen in Deutschland mit Inhalten des Selbstschutzes auszubilden.

Was sind konkrete Forderungen zu den Teilthemen Katastrophen-, Risiko- und Krisenmanagement, Bevölkerungsschutz und Vorsorge, die Sie bzw. Ihre Fraktion für den Fall der Regierungsbeteiligung in einen Koalitionsvertrag einbringen würden?

Wir haben in Deutschland einen Bevölkerungsschutz mit rund 1,7 Millionen engagierten Ehrenamtlichen bei Feuerwehr, THW oder Hilfsorganisationen, auf die wir uns im Ernstfall immer verlassen können. Eine solch hohe Zahl an ehrenamtlich engagierten Menschen ist im internationalen Vergleich herausragend. Trotz dieser wertvollen Ressource hat der föderale Aufbau unseres Hilfesystems Schwächen bei der Bewältigung von länderübergreifenden Einsatzlagen, welche die Zusammenarbeit von Einsatzorganisationen über Ländergrenzen und Verwaltungsebenen hinweg erfordern. Zu oft dauern Ressourcenanforderungen zu lange, sind Zuständigkeiten unklar oder die Zusammenarbeit zwischen Stäben ist nicht eingeübt. Wir setzen uns deshalb für eine verbindlichere Koordination und Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ein. Dies kann über die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe von

Bund und Ländern im Grundgesetz erreicht werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) soll in diesem Zuge mehr Kompetenzen zugesprochen bekommen. Sowohl im Katastrophen- als auch Zivilschutzfall können frühzeitige Warnungen Menschenleben retten. Um ausnahmslos alle Menschen vor Gefahren zu warnen, braucht es einen Mix an Warnmitteln, zu dem neben Warn-Apps und Cell-Broadcasting auch Sirenen gehören. Gerade Sirenen sind jedoch bundesweit noch nicht ausreichend vorhanden. Wir setzen uns dafür ein, den bundesweiten Sirenenausbau zu beschleunigen.

Ganz persönliche Frage: Wenn Sie es sich von der „guten Fee“ wünschen könnten: was wären die drei wichtigsten Maßnahmen, die Sie sofort umsetzen würden, um Deutschland resilient(er) und das Krisen- und Katastrophenmanagement effektiv(er) zu gestalten?

Eine gute Fee könnte überall dort helfen, wo für Lösungsvorschläge aktuell die politischen Umset-

zungshürden besonders hoch sind, etwa weil aufgrund des föderalen Aufbaus des Bevölkerungsschutz ein Interessenausgleich zwischen Bund und Länder kompliziert ist oder notwendige Reformen einer Grundgesetzänderung bedürfen. Eine wichtige Maßnahme wäre eine Neuordnung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Katastrophen- und Zivilschutz im Grundgesetz. Die sofortige Verabschiedung eines Dachgesetzes zum physischen und digitalen Schutz kritischer Infrastrukturen, wie sie von der jetzigen Bundesregierung leider nicht mehr umgesetzt wurde, ist ebenfalls notwendig. Eine gute Fee könnte auch auf einen Schlag einheitliche Regelungen für ehrenamtliche Helfende der Hilfsorganisationen in allen Ländern sorgen. Denn von Bundesland zu Bundesland existieren unterschiedliche Regelungen bezüglich Freistellung, Absicherung und Kostenerstattung von Ehrenamtlichen. Die Innenminister*innen der Bundesländer scheitern schon seit Jahren an der Umsetzung einer harmonisierten Lösung.

Alexander Thom (CDU) im Gespräch



Alexander Thom ist der innenpolitische Sprecher der Fraktion CDU/CSU im Deutschen Bundestag.

Abb. 5: Alexander Thom | © privat/ Tobias Koch

Wie wichtig sind für Sie bzw. Ihre Fraktion die Themen Katastrophenvorsorge, Risiko- und Krisenmanagement sowie Resilienz?

Meiner Fraktion und auch mir persönlich sind die Themen Zivil- und Katastrophenschutz ein sehr wichtiges Anliegen. Nicht umsonst bin ich seit 2023 auch Präsident der THW Landesvereinigung Baden-Württemberg.

Was wollen Sie bzw. Ihre Fraktion tun, um die Gesellschaft in Deutschland dauerhaft resilient(er) zu gestalten?

Resilienz hat aus meiner Sicht zwei Komponenten. Zum einen steht die Frage, was wir konkret als Gesetzgeber tun können und wollen. Im Bundestag haben wir uns in den vergangenen Monaten sehr intensiv mit den Gesetzgebungsverfahren im Bereich Resilienz und Zivilschutz beschäftigt. Die aktuelle Bundesregierung hat es leider nicht geschafft, auch nur ein einziges Gesetz in diesem Bereich zum Abschluss zu bringen. Das wollen wir als Union, sofern wir ab März wieder in Regierungsverantwortung sein dürfen, anders machen. Wir werden uns diesen Themen, insbesondere dem KRITIS-Dachgesetz und dem NIS-2-Umsetzungsgesetz, intensiv widmen und dafür sorgen, die notwendigen Maßnahmen so schnell wie möglich zum Abschluss bringen und auch ausreichende Haushaltsmittel dafür vorzuse-

hen. Das ist der eine Aspekt. Wir müssen aber zusätzlich auch mehr dafür sorgen, die Bevölkerung in der Breite zu sensibilisieren und ihr den Ernst der Lage bewusst zu machen, ohne dabei Panik zu verbreiten. Die Sicherheitslage ist so volatil wie lange nicht mehr. Jeden Tag sind wir tausenden Cyberangriffen auf unsere kritische Infrastruktur ausgesetzt. Auch die analoge Welt ist unsicher wie seit Jahren nicht. Wir haben seit Februar 2022 Krieg in Europa. Es ist unsere Aufgabe, für eine Sensibilisierung der Bevölkerung zu sorgen, um Resilienz und schnelle Einsatzbereitschaft im Ernstfall sicherzustellen.

Was sind konkrete Forderungen zu den Teilthemen Katastrophen-, Risiko und Krisenmanagement, Bevölkerungsschutz und Vorsorge, die Sie bzw. Ihre Fraktion für den Fall der Regierungseteiligung in einen Koalitionsvertrag einbringen würden?

Darauf geben wir in unserem Wahlprogramm ganz klare Antworten. Wir fordern eine Zeitenwende im Bevölkerungsschutz und in der zivilen Verteidigung. Dazu brauchen wir zuallererst einen Pakt für den Bevölkerungsschutz zwischen Bund und Ländern, der nachhaltige Investitionen in die Ausstattung des Zivil- und Katastrophenschutzes ermöglicht, vor allem in den Bereichen Unterbringung, Fahrzeuge und IT-Infrastruktur. Viel zu oft scheitern Verbesserungen an finanzieller Uneinigkeit. Das müssen wir ändern. Außerdem wollen wir ein Sonderprogramm für die zivile Verteidigung vorlegen, das vor allem Verbesserungen der Warn-Infrastruktur und ein Konzept für den Aufbau einer „Zivilen Reserve“ unter Einbindung sogenannter Spontanhelfer zum Inhalt hat. Neben Projekten zur Sensibilisierung der Bevölkerung — also Maßnahmen, die in der Breite wirken — müssen wir unseren Fokus auch auf konkrete Teilbereiche legen, die aus unserer Sicht in der allgemeinen Wahrnehmung bislang zu kurz gekommen sind.

Ganz persönliche Frage: Wenn Sie es sich von der „guten Fee“ wünschen könnten: was wären die drei wichtigsten Maßnahmen, die Sie sofort umsetzen würden, um Deutschland resilient(er) und das Krisen- und Katastrophenmanagement effektiv(er) zu gestalten?

Das ist für mich ganz klar: 1. Der Beschluss eines kohärenten Regelungswerkes mit einem effizienten KRITIS-Dachgesetz und einem durchdachten NIS2-Umsetzungsgesetz an der Spitze; 2. der Beschluss des oben genannten Paktes für den Bevölkerungsschutz, um alle Maßnahmen auch finanziell auf einen festen Boden zu stellen und 3. der Aufbau einer „Zivilen Reserve“ einhergehend mit einer besseren Sensibilisierung der Bevölkerung.

Bonner Direktkandidat:innen im Interview

Mit der „Deutschen Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ hat die Bundesregierung das Ziel formuliert, die Resilienz der Gesellschaft zu stärken und den Schutz der Menschen sowie ihrer Lebensgrundlagen zu verbessern.

Kürzlich hat die Stadt Bonn eine Pressemitteilung zur Zusatzvereinbarung zum Berlin/Bonn-Gesetz veröffentlicht, die unter anderem den Aufbau eines Zentrums zur Erforschung und Vermittlung von Resilienz in der Region Bundesstadt Bonn vorsieht. Die Umsetzung dieser Vereinbarung ist für die nächste Legislaturperiode der neuen Bundesregierung geplant.

In den folgenden Interviews wurden die Direktkandidat:innen aus Bonn zu ihrer Haltung bezüglich der Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes sowie der Schaffung eines Resilienzentrums in der Region befragt. Dabei ging es unter anderem um die Frage, wie sie den Standort Bonn für ein solches Zentrum einschätzen und welche Vorteile sie für die Region und darüber hinaus sehen. Die Interviews sind alphabetisch nach den Nachnamen sortiert.

Anna Heimann (FDP) im Gespräch



Abb. 6: Anna Heimann | © privat

Anna Heimann ist Direktkandidatin der FDP im Wahlkreis 95 Bonn für den Deutschen Bundestag.

teure zu stärken. Dieses Vorhaben verdient nicht nur politische Unterstützung, sondern auch eine breite Einbindung der bestehenden wissenschaftlichen und institutionellen Expertise in der Region.

In Zeiten zunehmender globaler Krisen ist es essenziell, einen Ort zu schaffen, an dem Wissenschaft, Politik und Praxis zusammenkommen, um Lösungen zu entwickeln. Bonn bietet durch seine vorhandenen Strukturen und Netzwerke die ideale Grundlage, um dieses Vorhaben erfolgreich umzusetzen.

Unterstützen Sie die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes und möchten Sie in Ihrer bundespolitischen Arbeit vorantreiben, dass ein Resilienz-Zentrum in der Region Bundesstadt Bonn aufgebaut wird?

Die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes ist von zentraler Bedeutung, um die Bundesstadt Bonn langfristig als einen starken Standort für nationale und internationale Aufgaben zu sichern. Es liegt im gesamtstaatlichen Interesse, die in Bonn bereits vorhandenen Strukturen und Kompetenzen weiterzuentwickeln und effektiv zu nutzen.

Ein Resilienz-Zentrum in der Region Bonn ist ein zukunftsweisendes Vorhaben. Angesichts zunehmender Herausforderungen durch Naturkatastrophen, Klimawandel und andere Krisen wäre es ein zentraler Ort, um die Zusammenarbeit verschiedener Ak-

Was macht die Bundesstadt Bonn zu einem geeigneten Standort für ein solches Resilienz-Zentrum und welche Vorteile werden dadurch für die Region Bundesstadt Bonn entstehen?

Die Bundesstadt Bonn ist hervorragend als Standort für ein solches Resilienz-Zentrum geeignet. Bereits heute verfügt die Region über eine Vielzahl von Institutionen, die sich mit Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz und internationaler Zusammenarbeit beschäftigen. Die vorhandenen Netzwerke und Infrastrukturen können ideal genutzt werden, um die Resilienzforschung und -praxis an einem Ort zu bündeln.

Insbesondere die Nähe zu Einrichtungen wie dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen bietet beste Voraussetzun-

gen für die Ansiedlung eines solchen Zentrums. Außerdem ist Bonn durch seine Universitäten und Forschungsinstitute ein Standort, der wissenschaftliche Innovation aktiv fördert und Nachwuchskräfte ausbildet.

Vorteile für die Region:

Die Einrichtung eines Resilienzentrums würde die Region nicht nur wirtschaftlich stärken, sondern auch ihre internationale Strahlkraft erhöhen. Neue Arbeitsplätze in der Forschung und Verwaltung könnten geschaffen werden, während gleichzeitig der Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und

Praxis intensiviert wird. Zudem würde die Region Bonn durch ein solches Zentrum als Vorreiter bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wahrgenommen werden, was wiederum weitere Investitionen und Partnerschaften anziehen könnte.

Die Ansiedlung eines solchen Zentrums unterstreicht die Bedeutung Bonns im föderalen System und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur langfristigen Stärkung der gesamtstaatlichen Resilienz. Bonn ist und bleibt ein zentraler Pfeiler für die politische, wissenschaftliche und internationale Zusammenarbeit in Deutschland.

Jürgen Repschläger (Die Linke) im Gespräch



Abb. 7: Jürgen Repschläger | © privat

Jürgen Repschläger ist Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 95 Bonn für den Deutschen Bundestag.

Unterstützen Sie die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes und möchten Sie in Ihrer bundespolitischen Arbeit vorantreiben, dass ein Resilienz-Zentrum in der Region Bundesstadt Bonn aufgebaut wird?

Ja, ich unterstütze die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes sowie die Zusatzvereinbarungen grundsätzlich: Der schleichende Kompetenzabzug zugunsten Berlins muss gestoppt werden, denn die Konzentration von Aufgaben in einer einzigen Stadt steht im Widerspruch zu einer dezentralen, resilienten und demokratischen Bundesrepublik.

DIE LINKE setzt sich für einen starken, sozial gerechten Staat ein, der Krisen aktiv vorbeugt, statt auf Kosten der Bevölkerung zu sparen. Die Einrichtung eines Resilienzentrums in Bonn wäre ein denkbarer Schritt, um die Strukturen des Katastrophen- und

Bevölkerungsschutzes bundesweit zu stärken. Es reicht nicht, die Verantwortung immer weiter nach unten zu delegieren, während der Staat die notwendigen Investitionen verweigert. Mit einem Resilienz-Zentrum in Bonn können wir eine zentrale Koordinierungsstelle schaffen, die langfristig strukturelle Vorsorge leistet, statt nur auf Krisen zu reagieren.

Was macht die Bundesstadt Bonn zu einem geeigneten Standort für ein solches Resilienz-Zentrum und welche Vorteile werden dadurch für die Region entstehen?

Bonn ist durch seine internationale Ausrichtung, seine wissenschaftliche Infrastruktur und die Ansiedlung zahlreicher Organisationen im Bereich Klimaschutz und Katastrophenvorsorge sicherlich kein schlechter Standort für ein Resilienz-Zentrum. Hier sitzen u.a. das UN-Klimasekretariat, das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge, das THW und weitere Institutionen, die sich aktiv mit den sozialen und ökologischen Folgen von Krisen beschäftigen.

DIE LINKE steht dafür, dass Bevölkerungsschutz nicht länger ein Sparposten bleibt, sondern endlich die finanzielle und organisatorische Priorität erhält, die notwendig ist. Ein Resilienz-Zentrum in Bonn ist ein Schritt in die richtige Richtung – aber nur, wenn es Teil einer umfassenden Zeitenwende hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz und solidarischer, staatlicher Verantwortung wird. Bonn hätte

so die Chance, zum Modell für soziale und ökologische Krisenbewältigung zu werden. Denn für mich als Linker gilt: Resilienz bedeutet nicht nur, sich gegen Katastrophen zu wappnen, sondern auch, sozia-

le Ungleichheit abzubauen. Wir müssen alle Menschen mitnehmen, auch diejenigen, die finanziell oder gesundheitlich besonders verletzlich sind. Dafür werde ich mich einsetzen.

Jessica Rosenthal (SPD) im Gespräch



Jessica Rosenthal ist Direktkandidatin der SPD im Wahlkreis 95 Bonn für den Deutschen Bundestag.

Abb. 8: Jessica Rosenthal | © Privat

Unterstützen Sie die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes und möchten Sie in Ihrer bundespolitischen Arbeit vorantreiben, dass ein Resilienz-zentrum in der Region Bundesstadt Bonn aufgebaut wird?

Schon in den Koalitionsverhandlungen hatte ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, den Bonn-Vertrag auf den Weg zu bringen, damit wir unsere Stadt und die Region weiterentwickeln. Die zuständige SPD-Ministerin, die Bonn-Beauftragte Klara Geywitz, hat diesen Prozess dann in enger Abstimmung vorangetrieben, so dass wir im Laufe der Legislatur Eckpunkte vereinbaren und nun mit einem Letter of Intent Projekte und Maßnahmen in zentralen Themenfeldern definieren konnten, die als Grundlage für einen Bonn-Vertrag dienen können. Es ist gut, dass in den Eckpunkten und jetzt auch im Letter of Intent Bonn als Ort für ein bundesweites Zentrum der Resilienz verankert ist. Mit Ahr-Valley und dem Global Forum sind hier schon sehr gute Ansätze zur Resilienz aufgeführt, die wir aus meiner Sicht mit den anderen hier ansässigen Fachbehörden, Organisationen und Verbänden auf dem Gebiet des Risiko- und Katastrophenmanagements zukünftig bündeln und zu einem bundesweiten Resilienzzentrum weiterentwickeln sollten.

Nach jahrelangem Aufschieben durch Herrn Seehof-

er konnte unter dieser SPD-geführten Regierung nun abschließend ein Letter of Intent unterschrieben werden, damit wir die Zukunft des Standorts Bonns fortschreiben, ausbauen und stärken. Diesen Weg hin zu einer verbindlichen Vereinbarung zwischen Bonn und Berlin gilt es für eine gute Zukunft in Bonn und in Deutschland weiterzugehen. Dafür mache ich mich stark!

Was macht die Bundesstadt Bonn zu einem geeigneten Standort für ein solches Resilienzzentrum und welche Vorteile werden dadurch für die Region Bundesstadt Bonn entstehen?

Bonn hat ein einzigartiges Profil als internationaler Standort von Wirtschaft und Wissenschaft, von Demokratie, Kultur und Nachhaltigkeit, als Sitz von Bundesministerien und Behörden, der Vereinten Nationen und zahlreicher internationaler Organisationen. Mit unseren Kompetenzen im Bereich der Cybersicherheit und des Bevölkerungsschutzes decken wir ein ganzheitliches und breites Sicherheitsverständnis ab. Durch die bundesweit einzigartige Konzentration hier ansässiger Fachbehörden, Organisationen und Verbände auf dem Gebiet des Risiko- und Katastrophenmanagements sind hervorragende Ansätze in Bonn und der Region vorhanden. Institutionen wie u.a. das THW und BBK mit Sitz in Bonn spielen eine zentrale Rolle für die bundesweite Resilienz im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes. Daher werde ich mich einsetzen, dass Bonn und Region Standort eines umfassenden Resilienzzentrums wird, das Forschung und Praxis in diesen Bereichen interdisziplinär verbindet und die Resilienz in Fragen von Krisen, Klima- und Bevölkerungsschutz stärkt. Diese Expertise in den verschiedenen Themenfeldern stellt einen großen Mehrwert für ganz Deutschland dar. Wir leben in Zeiten multipler Krisen. Im Osten Europas herrscht Krieg, ausgelöst

durch den völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands, hybride Angriffe auf unsere Infrastruktur nehmen zu. Seit Corona wissen wir, dass Pandemien jederzeit auftreten können. Und die Folgen des Klimawandels sind allgegenwärtig und sichtbar, wie uns die die Ahrlut vor Augen führte. Wir müssen uns dafür nachhaltig und wirkungsvoll wappnen. Bonn und die Region sind ein prädestinierter Ort dafür,

Lösungen für diese Herausforderungen zu erarbeiten. Durch den Ausbau bestehender und die Ansiedlung neuer Einrichtungen wird Bonn ein wichtiger nationaler und internationaler Standort für diese Themen, dies wird auch die wirtschaftliche Resilienz unserer Region stärken und weitere gute Arbeitsplätze können in Bonn und der Region entstehen.

Hendrik Streeck (CDU) im Gespräch



Prof. Dr. Hendrik Streeck ist Direktkandidat der CDU im Wahlkreis 95 Bonn für den Deutschen Bundestag.

Abb. 9: Hendrik Streeck | © privat

Die jüngste Absichtserklärung zur Zusatzvereinbarung des Bonn/Berlin-gesetzes halte ich für einen sehr wesentlichen Schritt. Das ist deshalb so, weil hierin erstmalig auch „Juwelen“ der Region erkannt werden, die bisher eine weniger sichtbare Rolle spielten. Es geht also in der politischen Arbeit vor allem darum erst einmal dem Bund deutlich zu machen mit welchen starken Akteuren zum Thema Resilienz wir es hier vor Ort zu tun haben. Und dabei geht es auch um eine Einordnung in einen größeren politischen Kontext. Denn Resilienz im Lichte des Katastrophenschutzes und der Katastrophenvorsorge zu betrachten, heißt einerseits bisher gerne verdrängte Wahrheiten ins Licht zu rücken. Hierzu zähle ich bewusst auch den Bevölkerungsschutz und die Auswirkungen (hybrider) Kriegsführung, die wir seit gut zwei Jahren konsequent mitdenken müssen. Die jüngste Aufstellung der Heimatschutz-Division bei der Bundeswehr unterstreicht die Herausforderungen auf diesem Gebiet.

Andererseits muss politisch noch etwas anderes mitgedacht werden. Denn Resilienz ist meines Erachtens auch Teil einer vorausschauenden Klimapo-

litik. Wer Klimafolgenanpassung betreiben möchte, der muss erkennen, dass es vor allem die im DKK organisierten Organisationen sind, die den Auswirkungen zum Beispiel von Extremwetterlagen begegnen müssen. Das heißt: hier wird das Aufgabenfeld eher größer als kleiner. Dafür ein Bewusstsein zu schaffen und darauf hinzudeuten, dass es vor allem Bonn zusammen mit der Region, also Köln und Kreis Ahrweiler, ein Cluster an hervorragenden Organisationen gibt, halte ich für vordringlich. Hinzu kommt die institutionelle Peripherie mit Bundeswehr und UN aber auch die Bundesnetzagentur, sowie die GIZ und das BMZ mit seinem hier verbliebenen Schwerpunkt, die hierfür einen deutschlandweit einmaligen Standortfaktor darstellen. Für die Region würde die Einrichtung des Zentrums einen Bedeutungszuwachs mitbringen und zudem eine ohnehin sinnvolle und womöglich erforderliche Vernetzung der unterschiedlichen Organisationen vor Ort ermöglichen. Hinzu kommt der räumliche Aspekt. Bei zu einem nicht geringen Teil sicherheitsrelevanter Einrichtungen empfiehlt es sich diese nicht in der Hauptstadt zu zentrieren, zugleich aber eine enge Schnittstelle zur Politik mitzudenken. Bonn als Bundesstadt aber auch die Nähe zu Brüssel sind hierbei für mich schlagende Argumente, die ich ins Feld führen würde. Alle genannten Institutionen hier vor Ort müssen vernetzt werden und sollten meines Erachtens neben dem „klassischen“ Aufgabenfeld in politischer Hinsicht eben auch unter dem Gesichtspunkt der Klimafolgenanpassung betrachtet und beworben werden. Dies zumindest ist meine Idee, um die Schaffung eines Resilienzentrums voranzutreiben. Oder anders formuliert: Wo, wenn nicht hier in der Region wäre ein Resilienzzentrum anzusiedeln?

Katrin Uhlig (Bündnis 90/ Die Grünen) im Gespräch



Katrin Uhlig ist Direktkandidatin der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 95 Bonn für den Deutschen Bundestag.

Abb. 10: Katrin Uhlig | © privat

Unterstützen Sie die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes und möchten Sie in Ihrer bundespolitischen Arbeit vorantreiben, dass ein Resilienz-Zentrum in der Region Bundesstadt Bonn aufgebaut wird?

Bonn hat als zweites bundespolitisches Zentrum und Sitz der Vereinten Nationen eine besondere Rolle. Ich möchte Bonn als internationale Klimahauptstadt weiterentwickeln und den internationalen Standort stärken. Die Zusatzvereinbarung zum Bonn/Berlin-Gesetz muss endlich abgeschlossen werden. Dazu steht auch ein klares Bekenntnis im Bundeswahlprogramm meiner Partei.

Das geplante Resilienzzentrum, welches sich mit dem zukunftsorientierten Umgang mit Naturextremen befassen soll, hat meine volle Unterstützung. Insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel ist es notwendig, die Resilienz der Bevölkerung zu stärken.

Denn dies ist nur ein weiterer, konsequenter Schritt auf dem Weg zur internationalen Klimahauptstadt und nährt die wissenschaftliche und forschende Seite.

Was macht die Bundesstadt Bonn zu einem geeigneten Standort für ein solches Resilienzzentrum und welche Vorteile werden dadurch für die Region Bundesstadt Bonn entstehen?

Als Politikerin und Bürgerin bin ich zutiefst davon überzeugt, dass unsere Stadt der perfekte Standort für ein Resilienzzentrum ist. Mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und

vielen Nachhaltigkeitsorganisationen verfügen wir über Schlüsselinstitutionen, die bereits umfangreiche Expertise im Katastrophenschutz und in der Vorsorge mitbringen.

Unsere internationale Vernetzung als UN-Stadt mit 25 Organisationen und zahlreichen NGOs schafft eine hervorragende Basis für globale Forschungsoperationen. Die wissenschaftliche Infrastruktur mit der renommierten Universität Bonn, der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und über 150 Forschungseinrichtungen bieten eine exzellente Grundlage für innovative Resilienzforschung.

Als offizieller "Resilience Hub" in der Initiative "Making Cities Resilient 2030" haben wir bereits internationale Anerkennung erlangt. Die politische Unterstützung von Bund, Ländern und Stadt zur Entwicklung eines bundesweiten Zentrums für Resilienz-forschung unterstreicht unsere Bedeutung.

Das geplante Resilienzzentrum wird Bonn nicht nur als Wissenschaftsstandort aufwerten, sondern auch unsere Rolle als zweites politisches Zentrum Deutschlands weiter stärken. Es wird einen wichtigen Beitrag zur Katastrophenvorsorge leisten und Bonn als Vorreiter im Bereich psychischer Gesundheit und Resilienz positionieren.

Zusammenfassend sehe ich das Zentrum als wichtigen Bestandteil einer zukunftsorientierten Entwicklung Bonns — ein Projekt, das unsere Stadt wirtschaftlich, wissenschaftlich und international nachhaltig voranbringen wird.

Expertenstimme über die Ursachen und Prävention von Bränden

Am 7. Januar 2025 brachen in Los Angeles und Umgebung verheerende Brände aus, die mehr als 150 km² Land und über 10.000 Häuser zerstörten. Mit geschätzten Schäden von über 250 Milliarden US-Dollar zählen diese Brände zu den wahrscheinlich teuersten Katastrophen in der Geschichte der USA. Mittlerweile konnten die Brände unter Kontrolle gebracht werden.¹

Vor diesem Hintergrund haben wir Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Johann Georg Goldammer, Mitglied des DKKV und Leiter des Global Fire Monitoring Center zu den Ursachen und Auswirkungen der Brände sowie zu Maßnahmen der Katastrophenvorsorge befragt.



Abb. 11: Johann Georg Goldammer | © Philipp von Ditfurth

Wie kam es zu den Bränden in Kalifornien, besonders im Januar, wenn man doch normalerweise an Waldbrände im Sommer denkt?

Bei den Bränden im Großraum von Los Angeles handelt es sich nicht um klassische Waldbrände, sondern um Stadtbrände. Diese Feuer brachen an der Grenze zwischen den Vororten und dem kalifornischen Chaparral aus – einem hochentzündlichen Buschland. Sobald das Feuer in die am Stadtrand relativ eng bebauten urbanen Gebiete übergang, begannen Gebäude und Infrastrukturen zu brennen. Gärten und Grünflächen trugen ebenfalls bei, wobei Bäume, insbesondere Palmen, relativ gut überlebten, während die Häuser zerstört wurden und sich das Feuer von Haus zu Haus weiter ausbreitete.

Wie konnte sich dieses Feuer so stark ausbreiten?

Kalifornien ist von langanhaltender Trockenheit betroffen – nicht nur im letzten Jahr, sondern auch in den Jahren davor. Das trockene Buschland sowie die Siedlungen sind in dieser Zeit besonders anfällig. Die starken Santa Ana Winde tragen Flugfeuer in Form von brennenden oder glühenden Vegetations-

teilen über weite Distanzen. Das führt bei extrem niedriger Luftfeuchtigkeit zu einer sehr schnellen Feuerausbreitung. Im Inneren des bebauten Siedlungsbereichs verbreitet sich das Feuer von einem Haus zum nächsten.

Waren die kalifornischen Behörden ausreichend vorbereitet und zielführend in der Umsetzung von Frühwarnung und Evakuierung?

Sowohl die Behörden als auch die Zivilgesellschaft Kaliforniens sind grundsätzlich auf Situationen vorbereitet und auch erfahren bzw. geübt, wenn Brände in die Peripherie von Siedlungen und Städten eindringen. Frühwarnungen erfolgen über Medien und Mobiltelefone. Grundsätzlich gilt: Wenn eine Anweisung zur Evakuierung gegeben wird, muss diese befolgt werden. Das ist sozusagen Gesetz. Im Gegensatz zu Australien, wo die Selbstverteidigung des eigenen Anwesens gegen Buschfeuer nach dem Motto *stay and defend* erlaubt ist und auch effektiv funktioniert. Wenn man in LA jetzt in den Medien auch Anwohner gesehen hat, die mit dem Gartenschlauch die zündenden Funken von ihrem Haus abwehren konnten, so liegt dies daran, dass bei der

[1] Zeit Online (2025): Brände in Los Angeles nach drei Wochen unter Kontrolle. Unter: Brände in Kalifornien: Brände in Los Angeles nach drei Wochen unter Kontrolle | ZEIT ONLINE Zugriffen am: 05.02.2025; Danielle, M. (2025): AccuWeather estimates more than \$250 billion in damages and economic loss from LA wildfires. Unter: AccuWeather estimates more than \$250 billion in damages and economic loss from LA wildfires. Zugriffen am: 05.02.2025.

großen Evakuierungslage die Sicherheitskräfte die strikte Befolgung der *evacuation orders* nicht umsetzen konnten und die verbleibenden Anwohner auf ihre eigene Verantwortung und das Risiko hinweisen mussten – mehr ging bei dieser großen Brandlage nicht.

Wie beurteilen Sie die Berichterstattung der Medien über die Brände in LA?

Wie in jedem Jahr wurde zu Beginn der Brände von „verheerenden Waldbränden“ gesprochen. Noch am 10. Januar berichtete das ZDF im abendlichen „Heute Journal“ über Waldbrände, verwies auf die Waldbrandstatistik Deutschlands und ließ Interviewpartner über Feueranpassung afrikanischer Savannen zu Wort kommen. In anderen Kanälen wurden Feuerwehrleute befragt, die auf Gefahren des Kamineffekts in Tälern hinwiesen oder vorschlugen, große Schneisen zu schlagen. Da ging schon einiges durcheinander und in dieser besonderen Lage an einer informierten Berichterstattung vorbei.

Gibt es internationale Hilfeleistung und ist das GFMC in Kontakt mit den US-Behörden?

Wie bei vergleichbaren Lagen, so hatten wir mit unseren amerikanischen Kollegen mehrere Konferenzschaltungen, in diesem Fall mit den U.S: Forest Service. Viele Länder haben den Kaliforniern Hilfe und Entsendung von Einsatzkräften angeboten, darunter beispielsweise Israel oder die Ukraine. Dies sind starke Ausdrücke von Solidarität. Was aber benötigt und angenommen wurde: Einsatzkräfte aus Kanada. Diese verfügen wie die kalifornischen *Firefighter* über Fähigkeiten, sowohl Struktur- und auch Vegetationsbrände zu beherrschen. Und genau diese Kombination an Erfahrung ist wichtig. Denn die durch Funkenflug aus dem *Chaparral*-Busch durch die *Santa Ana* Winde in den urbanen Raum getragenen Feuer sind ungewöhnlich. Wir sprechen jetzt über *urban wildfires* – eingedeutscht – urbane Wildfeuer – eine in diesem Ausmaß neuartige Herausforderung – ein weiteres Signal der Klimakrise.

Wie verändert der Klimawandel die Bedingungen für Brände?

Der Klimawandel trägt maßgeblich dazu bei, dass Trockenperioden weltweit zunehmen. Diese langanhaltenden Trockenzeiten lassen den Feuchtigkeitsgehalt der Vegetation, besonders des Totholzes, sinken. Auch die Trockenheit in den Waldböden führt dazu, dass das Brandrisiko steigt. Wir beobachten das auch in Deutschland, wo sich in den letzten Jahren die Niederschläge verringert und die Grundwasserspiegel gesenkt haben, was auch die Brandgefahr in deutschen Wäldern erhöht.

Könnte ein solches Szenario wie in Kalifornien auch in Deutschland auftreten?

In Deutschland ist ein Brand in dieser Größenordnung, wie wir ihn in Kalifornien sehen, eher unwahrscheinlich, vor allem wegen der unterschiedlichen urbanen Bauweise. Hier ist der Übergang von Wald zu Siedlungsgebieten nicht so direkt, und die Gefahr, dass sich Feuer von Haus zu Haus weiter ausbreiten, ist kleiner. Trotzdem gibt es auch in Deutschland immer häufiger Brände, besonders in den letzten Jahren mit längeren Trockenperioden. Aber im Vergleich zu Kalifornien ist die Situation hier noch beherrschbar.

Wo in Deutschland bestehen die größten Gefahren?

In Brandenburg sind die Gefahren besonders hoch, da viele Siedlungen an oder im Wald liegen. In den letzten Jahren gab es dort schon Evakuierungen, und auch in Bezug auf Kampfmittelbelastungen und neu angelegte Wildnisflächen ist das Risiko erhöht. Die meisten Brände in Deutschland entstehen jedoch noch nicht in urbanen Gebieten, sondern eher im Offenland und im Wald.

Sind wir ausreichend auf solche Brände vorbereitet?

Kalifornien ist weltweit eines der am besten vorbereiteten Länder in Bezug auf Prävention und Bekämpfung von Wildfeuern. Dennoch zeigt sich, dass auch Kalifornien bei den immer schwerer beherrschbaren Bränden derzeit nicht mehr nachkommt. Das

ist ein weltweites Problem, dem wir uns stellen müssen. In Deutschland sollten wir besonders in den waldnahen Gebieten wie Brandenburg mehr tun, um Feuersicherheit in der Stadtplanung und der Bewirtschaftung der Wälder zu berücksichtigen.

Welche Präventionsmaßnahmen wären notwendig?

Wälder müssen mit Blick auf ihre Feuersicherheit bewirtschaftet werden. In Brandenburg etwa werden viele Kiefernwälder nicht mehr so intensiv gepflegt wie früher. Das Totholz bleibt im Wald und bietet damit viel Brennmaterial. Ein besseres Management könnte verhindern, dass sich Brände so schnell ausbreiten. Dazu gehören auch kontrollierte Beweidung und das Anlegen von Brandschutzkorridoren, um die Ausbreitung von Feuern zu verhindern und den Schutz der Siedlungen zu gewährleisten.

Viele Kiefernwälder, gerade in Brandenburg, werden heute nicht mehr so intensiv bewirtschaftet wie früher. Wenn man Totholz im Wald belässt, ist die Verweilzeit eines Feuers länger und die Temperaturen höher als bei einem rasch laufenden Bodenfeuer in einer geringeren Auflage von Brennmaterial und dringen tiefer in den Boden. Dadurch werden der Wurzelraum und die Stämme der Kiefern, die ansonsten im mittleren und hohen Alter sehr resilient gegen die bei uns vorherrschenden Bodenfeuer sind, geschädigt und sterben ab.

Auch kontrollierte Beweidung ist ein Thema. In strategisch geplanten Waldbrandschutzkorridoren kann dann nach starker Durchforstung und Aufarbeitung des Schlagabraums der nachwachsende Aufwuchs durch Weidetiere niedrig gehalten werden. Damit reduziert sich das Risiko von schwer kontrollierbaren Bodenfeuern und dient der Sicherung der Ortschaften – auch im Sinne des wichtiger werdenden Bevölkerungsschutzes.

Ist die Feuersaison jetzt das ganze Jahr über?

In den USA und vor allem der Westküste hat sich die Feuersaison mittlerweile auf das ganze Jahr ausgeweitet. Unsere Kollegen in Nordamerika sagen schon seit einigen Jahren: "Es gibt bei uns keine Feuersaison mehr, weil die Feuer ganzjährig brennen."

Wie beurteilen Sie die Rufe nach Entwicklung neuer Technologien und KI bei Frühwarnung und Bekämpfung von Bränden in vergleichbaren Situationen?

Der Ruf nach und Angebote von technologischen Innovationen werden stets dann besonders laut, wenn es zu großen Brandkatastrophen kommt, nicht nur dieser Tage, sondern auch wenn es in Griechenland, der Sächsischen Schweiz oder in Amazonien brennt. Dann ist das Interesse von Politik und Fördermittelgebern schnell geweckt, wenn Startups oder auch die etablierte Industrie mit Technologien werben, vom Feuerlöschflugzeug bis hin zum Einsatz von Drohnen. Oder wenn Systeme der Detektion von Feuer oder Rauch vor allem dann als innovativ vermarktet werden, wenn KI als Fortschrittsmotor mit ins Spiel gebracht wird. Das ist besonders in Ländern der Fall, in denen das zunehmende Problem von vergleichbaren Bränden in der ineinander verzahnten Natur-, Kultur- und Industrielandschaft neu ist und die fachliche Expertise in Forschung und Anwendung sich erst zu entwickeln beginnt. Hier beobachten wir Akteure, die Sensoren und Entscheidungsunterstützungssysteme offensiv vermarkten, die es in anderen Ländern bereits lange gibt. Oder in denen solche Systeme getestet und ihre Tauglichkeit verworfen wurde – seien es von Flugzeugen abgeworfene Löschbomben, Drohnenschwärme oder Rauch- und Temperatursensoren, die über die Landschaft bzw. im Wald verteilt ein ausgebrochenes Feuer melden sollen.

All dies lenkt davon ab, dass es gelten sollte, die zugrunde liegenden Ursachen der Katastrophenanfälligkeit von Stadt, Wald und Land an der Wurzel anzupacken – und das ist der Aufbau feuerresilienter Strukturen in Siedlungen und Städten und die intensive Bewirtschaftung unserer Natur- und Kulturlandschaften in Hinblick auf vermindertes Risiko, dass sich schwer zu bewältigende Großbrände überhaupt erst aufbauen und verbreiten können.

der Akademie Hochwasserschutz

In dieser Ausgabe unseres Newsletters möchten wir Ihnen unser neues institutionelles Mitglied vorstellen: die Akademie Hochwasserschutz e.V. Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 verfolgt die Akademie das Ziel, durch Fachberatung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit einen nachhaltigen Beitrag zur Katastrophenvorsorge zu leisten. Dabei setzt sie sich sowohl für die Sensibilisierung der Bevölkerung als auch für die Weiterbildung von Fachkräften ein.

Die Akademie fördert den Austausch und das gegenseitige Verständnis zwischen den Bereichen Wasserbau und operationeller Hochwasserschutz. Sie bereitet wissenschaftliche Erkenntnisse praxisnah auf, um Menschen vor Hochwassergefahren zu schützen und Schäden zu minimieren.

Als bedeutender Bildungsträger im Bereich Katastrophenvorsorge bietet die Akademie umfassende Schulungen und Ausbildungen, die insbesondere Fachkräfte im Hochwasserschutz sowie bei Starkregenereignissen ansprechen. Doch auch die Aufklärung der Bevölkerung hat einen zentralen Stellenwert. Denn nur mit dem richtigen Verständnis und einer fundierten Interpretation von Hochwasserwarnungen und Vorsorgemaßnahmen kann die Resilienz gegenüber solchen Naturereignissen gestärkt werden – ein Thema, das nach wie vor von höchster Relevanz ist.

Um Ihnen einen genaueren Einblick in die Arbeit der Akademie zu geben, haben wir Harald Blum, den Leiter der Akademie Hochwasserschutz, zu einem Interview eingeladen.

Bitte beschreiben Sie die Akademie Hochwasserschutz in ein paar Sätzen

Die Akademie Hochwasserschutz wurde 2003 gegründet. Auslöser waren die Hochwasserlagen an Oder 1997 und Elbe 2002. Ziel der Akademie waren und sind die Bildung von Netzwerken und das gegenseitige Verständnis von Wasserbau und operationellen Hochwasserschutz. Die Sprache des anderen muss verstanden werden. Und wichtig „In Krisen Köpfe kennen“. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden zusammengeführt und aufbereitet. Ein weiteres Anliegen sieht die Akademie in der Aufklärung der Bevölkerung, ein Thema, das immer noch Aktualität hat. Das Motto in Kurzform lautet Menschen schützen und Schäden minimieren. Die Akademie ist in den letzten Jahren unter anderem zu einem Bildungsträger geworden.

Welche Aufgaben erfüllt die Akademie Hochwasserschutz in Bezug auf die Katastrophenvorsorge innerhalb Deutschlands?

Das Thema der Akademie Hochwasserschutz ist das Hochwasser, was der Name schon aussagt. Damit sind auch die Sturzfluten bei Starkregenereignissen inbegriffen. Die Ausbildung der Fachkräfte vor Ort

und überregional bildet daher das Hauptangebot der Aktivitäten. Seit der Gründung wurden über 1100 Fachberater Hochwasser deutschlandweit ausgebildet. Das weitere Zusatzmodul Starkregen haben bereits über 250 Fachkräfte besucht. In Inhouse-Schulungen bei Landkreisen und Gemeinden kommen mehr als 2000 Teilnehmer hinzu. Die Akademie ist deshalb bemüht, zentrale Ausbildungsorte zu finden, um eine weite Abdeckung zu erreichen. Die Aufklärung der Bevölkerung ist ein weiteres Anliegen. Entsprechend gehen Vertreter auf Bürgerversammlungen. Es ist deutlich, dass in der Aufklärung noch vieles geleistet werden muss. Die richtige Ansprache zu finden, bleibt eine Herausforderung, genauso wie die Botschaften von Warnungen aussehen sollten. Deren Interpretation setzt ein Lernziel fest. Lernen heißt weiter, dass Einsatzkräfte bzw. Führungskräfte in der Lagebeurteilung noch besser geschult werden müssen.

Vor welchen Herausforderungen steht die Akademie Hochwasserschutz?

Eine der großen Herausforderungen bleibt für uns intern, die Ausbildungsnachfrage gut zu kanalisieren. Unser Angebot wächst stetig, sodass Personal

gewonnen werden muss. Extern sind wir gefordert, den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren. Es ist Ziel, möglichst viele Menschen zu erreichen. Nach wie vor möchte die Akademie an der Netzwerkbildung aller Organisationen mitwirken, den operativen Hochwasserschutz nachhaltig beraten und Empfehlungen erarbeiten.

Die ausgebildeten Fachberater sind für uns Multiplikatoren. Gespräche sind oft besser als jedes Faltblatt. In diesem Sinne motivieren wir die Fachkräfte.

Sie vergeben dieses Jahr zum ersten Mal den Hochwasser-Vorsorge-Preis. Was war die Motivation für Sie diesen Preis ins Leben zu rufen?

Der Hochwassereinsatz fängt ja vor Eintritt mit dem Management zum eventuellen Einsatz an. Der Hoch-

wasser-Vorsorge-Preis zielt gerade darauf ab und gleichzeitig auf den technischen Hochwasserschutz. Hier kann baulich oder in der Gewässerunterhaltung viel Vorsorge geleistet werden. Als Beispiel sollen die Durchlässe und Verrohrungen dienen wie der Rückhalt oder mögliche bauliche Maßnahmen, die Wasser ableiten. Diese Faktoren haben uns bewegt, diesen Preis ins Leben zu rufen.

Und ganz zum Schluss noch: Katastrophenvorsorge gelingt dann, wenn ...

wir nicht nur die Fachleute und Fachkräfte gewinnen, sondern die Bevölkerung motivieren können, in Eigenvorsorge beim Thema mitzuwirken.



Abb. 12: Deutsche Akademie Hochwasserschutz | © Privat

Nachruf auf Dr. Peter Schmiedtchen



*1953 in Köthen † 2025 in Dolle

Mit tiefem Bedauern nehmen wir Abschied von Honorarprofessor Dr. Peter Schmiedtchen, der im Januar 2025 verstorben ist. Nach seinem Physikstudium an der Universität Charkow und seiner Promotion an der TU Dresden arbeitete Peter Schmiedtchen als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschung im Bereich Brandschutz und Sicherheit. 1990 trat er in die Dräger Safety AG und Co. KGaA ein und leitete dort bis zu seinem Ruhestand 2021 die Abteilung „Safety und Emergency Management“.

2003 initiierte er gemeinsam mit der Hochschule Magdeburg-Stendal und der Otto-von-Guericke-Universität den Studiengang „Sicherheit und Gefahrenabwehr“, den er als Dozent maßgeblich prägte. 2015 wurde er zum Honorarprofessor berufen.

Im Januar 2022 trat Prof. Schmiedtchen dem DKKV bei, wo er sich als aktives Mitglied engagierte. Sein Einsatz in der Jury des DKKV-Förderpreises verdient besondere Anerkennung. Mit seiner Fachkompetenz und Erfahrung trug er entscheidend zur Auswahl und Auszeichnung innovativer Projekte in der Katastrophenvorsorge bei.

Wir danken Peter Schmiedtchen für sein wertvolles Engagement und sprechen seiner Familie und seinen Angehörigen unser tiefes Mitgefühl aus.

Neues aus der Geschäftsstelle

Wir haben unser Newsletter-Format überarbeitet: Unser bisheriger „Newsletter“ wird künftig als „Magazin“ erscheinen, in dem wir regelmäßig ein spezielles Thema der Katastrophenvorsorge ausführlich behandeln.

Im „DKKV-Newsletter“ informieren wir Sie monatlich über aktuelle Entwicklungen im DKKV sowie über Neuigkeiten aus dem Bereich der Katastrophenvorsorge.

Sarah Frings unterstützt die Geschäftsstelle zwischen dem 01. Dezember 2024 - 28. Februar 2025 als studentische Praktikantin. Sie studiert Geographie im 9. Bachelorsemester an der Universität Bonn.

Johanna Reitz unterstützt die Geschäftsstelle zwischen dem 15. Januar 2025 - 15. April 2025 als studentische Praktikantin. Sie studiert Geographie im 7. Bachelorsemester an der Universität Bonn.

Institutionellen Mitglieder des DKKV

Deutscher Wetterdienst
Wetter und Klima aus einer Hand

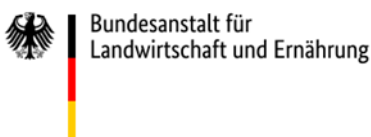


DRF Luftrettung

ADAC Luftrettung



Umwelt Bundesamt



Impressum

Deutsches Komitee
Katastrophenvorsorge e.V.
Kaiser-Friedrich-Str. 13
53113 Bonn

☎ 0228/26 199 570
✉ info@dkkv.org
🌐 www.dkkv.org
🦋 @dkkv_bsky_social
📷 @dkkv_germandrr
🌐 deutsches-komitee-
katastrophenvorsorge-e-v

Editing und Layout:
Geschäftsstelle DKKV

Das DKKV ist...

...Plattform für Katastrophenvorsorge
in Deutschland.

...Mittler zu internationalen, auf dem
Gebiet der Katastrophenvorsorge
tätigen Organisationen und Initiati-
ven.

...Kompetenzzentrum für alle Fragen
der nationalen und internationalen
Katastrophenvorsorge.

unterstützt...

...Fachübergreifende Forschungsan-
sätze zur Katastrophenvorsorge in
anderen Fachsektoren sowie in Politik
und Wirtschaft.

...die Verbreitung der Erkenntnisse
der Katastrophenvorsorge auf allen
Ebenen des Bildungsbereichs.

empfiehlt...

...die Umsetzung der vorhandenen
Erkenntnisse zur Katastrophenvorsor-
ge in Politik, Wirtschaft und Verwal-
tung.

...die Weiterentwicklung einer fach-
und länderübergreifenden Kooperati-
on in der operativen Katastrophenvor-
sorge.

...die Entwicklung medialer Strategien
zur Förderung und Stärkung des
Vorsorgebewusstseins in der
Gesellschaft.